



NOVEMBER/DEZEMBER 2011 · NR. 31

# ANTIBERLINER

## 2 | Verschuldet...

ist nicht nur Griechenland. Das ganze System beruht auf bodenlosem Pump.

## 4 | Geschuldet...

ist der Bevölkerung eine Möglichkeit der demokratischen Selbstbestimmung.

## 7 | Geduldet...

werden weiter ausschließlich heterosexuelle Konzepte im Leistungssport.



Auch wenn ihr es gewohnt seid, an dieser Stelle einen Überblick über die Zeitschrift zu bekommen, wollen wir den Platz diesmal nutzen, um euch über Termine zu informieren, die in den nächsten Wochen wichtig sind, für die aber im Blatt kein Platz mehr war. Gerade im November gibt es viele Möglichkeiten uns zu treffen, wenn wir auf die Straße gehen, um uns gegen diese Scheißzustände zu wehren. Am 11.11.11 findet – wie jedes Jahr – ein Naziaufmarsch anlässlich des polnischen Nationalfeiertags in Warschau statt. Inspiriert durch die Massenblockaden in Dresden mobilisieren dortige Antifas mit einem ähnlichen Konzept. Dazu wird es in den nächsten Wochen Infoveranstaltungen geben. Außerdem findet am 19.11.11 die jährliche Demo im Gedenken an Silvio Meier statt, der 1992 von Neo-Nazis getötet wurde. Zudem soll im November ein weiterer Castor nach Gorleben rollen. Zahlreiche Menschen, die sich nicht von dem Atomausstiegs-Gelaber der Regierung einlullen lassen, rufen dazu auf, auch dieses Jahr wieder den Castortransport anzugehen. Nach dem Erfolg des Vorjahres wird es neben zahlreichen Sitzblockaden auch dieses Jahr wieder die Aktion „Castor?Schottern!“ geben. Informiert euch über diese und viele weitere Termine auf [www.antifa.de](http://www.antifa.de)

## impresum

V.i.S.d.P.: Eberhard Dieppen  
Fasanenweg 20  
16547 Berlin

Redaktionskontakt:  
[e] [antiberliner@web.de](mailto:antiberliner@web.de)  
[i] [www.antiberliner.de](http://www.antiberliner.de)

Unterstützt durch:  
Antifaschistische Linke Berlin  
Namentlich gekennzeichnete  
Artikel spiegeln nicht  
unbedingt die Position des  
Redaktionskollektives wider.



# Schuldenkrise, Sparprogramme, Staatsbankrott

Nach drei Jahren hat sich die sogenannte Finanzkrise zu einer Schuldenkrise entwickelt. Nachdem zunächst mit einem finanziellen Kraftakt Banken und Finanzgesellschaften, die sich verspekulierten, gerettet wurden, sind die Kosten überwiegend auf sozial Schwache abgewälzt worden. Staatliche Leistungen werden immer weiter zurückgefahren, Zeitarbeit ersetzt zunehmend reguläre Arbeitsplätze, die Lebenshaltungskosten steigen, ebenso wie Mieten, Strom- oder Wasserpreise.

**Anfang August 2011 schlitterten** die USA nur knapp an einer Zahlungsunfähigkeit vorbei. Buchstäblich in letzter Minute fand sich in Abgeordnetenhaus und Senat eine politische Mehrheit, die einer Erhöhung der Schuldengrenzen zustimmten. So wurde die Gefahr des Staatsbankrott zumindest kurzfristig gebannt. Am 2. August hätten die USA ihre laufenden Schulden nicht mehr bezahlen können. Die Einigung sieht eine Erhöhung des Schuldenlimits von derzeit 14,3 Billionen um weitere drei Billionen Dollar vor. Gleichzeitig wurden historisch hohe Sparmaßnahmen von rund 2,5 Billionen Dollar beschlossen. Wie genau das Geld eingespart werden soll, wird derzeit diskutiert. Abzusehen ist bereits, dass ein großer Teil durch die Reduzierung von Sozialleistungen generiert werden soll. Auch die exorbitant hohen Militärausgaben sind auf dem Prüfstand. So habe nach US-Angaben, allein der Irak-Krieg die USA über eine Billionen Dollar gekostet. Die Kosten für den Krieg in Afghanistan dürften noch höher liegen. Gut möglich, dass der Krieg in Afghanistan nur deshalb endet, weil sich die USA diesen nicht mehr leisten können. Aufgrund der dramatischen Verschuldung, sah sich US Präsident Obama bereits gezwungen, eine in den USA äußerst unpopuläre Steuer für Reiche zu fordern. Wie ungerecht das Steuersystem in den USA derzeit strukturiert ist, davon zeugt das Plädoyer des Milliardärs Warren Buffett, der kürzlich höhere Steuer für Superreiche forderte. Seiner Aussage zufolge zahlte er im vergangenen Jahr knapp sieben Millionen Dollar Steuern. »Das hört sich nach viel Geld an. Aber es entspricht lediglich 17,4 Prozent meines versteuerbaren Einkommens – und das ist sogar ein geringerer Prozentsatz,

als ihn jeder andere der zwanzig Mitarbeiter in unserem Büro zahlte«. Deren Sätze lägen zwischen 33 und 41 Prozent, schrieb Buffett.

In Europa ist die Verschuldung durchaus vergleichbar. Griechenland ist bereits zahlungsunfähig und wird von der EU quasi zwangsverwaltet. Italien, Spanien, Portugal und Irland stehen derweil kurz vor einem Staatsbankrott. Mehrere internationale Ratingagenturen stuften Ende September die Bonität mehrerer italienischer Banken herab. Anfang Oktober folgten mehrere spanische Banken. Auch in den anderen europäischen Ländern sind die Schulden massiv angewachsen. Leidtragende der Schuldenkrise sind – auch in Europa – hauptsächlich die Sozialschwachen. Die griechische Regierung kündigte bereits ein drastisches Sparprogramm an. So soll unter anderem jede fünfte Stelle im öffentlichen Dienst wegfallen, die Renten und Pensionen gekürzt und Sozialleistungen massiv reduziert werden. Eine ähnliche Entwicklung vollzieht sich, wenn auch nicht so drastisch, in den meisten anderen europäischen Mitgliedsstaaten.

In Deutschland, wo die exportorientierte Wirtschaft besonders von der Einführung des Euros profitierte, wird derzeit in den Medien eine Angst davor geschürt, dass die Kosten der Schuldenkrise in Griechenland und anderen europäischen Ländern vom deutschen Steuergeldern getragen werden müssen. Diese Haltung, die unter anderem von den großen deutschen Banken forciert wird, drückt sehr anschaulich den Umgang der Wirtschaft mit der Krise aus: Gewinne privatisieren, Risiken sozialisieren. Eine derartige Einstellung zieht sich durch viele Aktionen der deutschen Konzerne seit Beginn der

Finanzkrise. Nachdem die Bundesregierung Banken wie die Commerzbank oder Hypo Real Estate gerettet hatte, ließen die Geldhäuser den Steuerzahler auf den Kosten sitzen. Die Zusage deutscher Banken vor einem Jahr, sie würden ihre Staatsanleihen halten, um das angeschlagene Griechenland zu stabilisieren, entpuppte sich als das glatte Gegenteil. Anders als versprochen, verkauften die Banken viele Papiere und beschleunigten so den Staatsbankrott in Griechenland. Die entstehenden Kosten wiederum sollen nach Auffassung der deutschen Wirtschaft von der Politik oder treffender formuliert durch Steuergeldern finanziert werden. So lehnten beispielsweise die deutschen Banken einen teilweisen Schuldenerlass für Athen ab, es sei denn, so die Forderung, der Staat nehme ihnen das

Risiko ab und trage dieses selbst. Dabei gilt in der freien Marktwirtschaft, auf die sich die Banken und andere Unternehmen sonst ständig berufen, ein einfacher Grundsatz: Wer investiert kassiert die Gewinne, aber trägt auch die Risiken. Die Banken können sich glücklich darüber schätzen, dass die Euro-Staaten bisher eine Pleite Griechenlands verhindert haben. Denn dann wären ihre Anleihen nämlich überhaupt nichts mehr wert. Entgegen der Selbstwahrnehmung der deutschen Wirtschaft, sind die Leidtragenden der Schuldenkrise die sozial Deklassierten und Ausgegrenzten und nicht die Unternehmen. Verwunderlich ist dies freilich nicht, denn in der Schuldenkrise offenbaren sich nur die Grundprinzipien des Kapitalismus: gesellschaftliche Produktion bei individueller Aneignung. ★



## Folter im Urlaubsland

Das Buch von Xabier Makazaga „Demokratie und Folter. Das Beispiel Spanien“ richtet sich gegen ein Kartell des Schweigens. Obwohl die Menschenrechtsgremien von UNO und EU oder Amnesty International alljährlich gegen Folterungen in Spanien protestieren, findet sich darüber in der Presse fast nichts. Der baskische Autor belegt detailliert, dass auch in bürgerlichen Demokratien des Westens – neben Spanien z. B. in Frankreich während des Indochina- und Algerienkriegs oder durch die USA in Guantánamo und Abu Ghraib – Folter und Misshandlungen häufig routinemäßig angewendet werden, um politische GegnerInnen einzuschüchtern und zu zermürben. Aktuelle Fallzahlen und zahlreiche Berichte von Folteropfern sind Teil der Untersuchungen über von Regierungsstellen ausgeübte Folter; oft vertuscht oder gar legitimiert. Häufig genügt in Spanien das Etikett »ETA«, um kritische Stimmen zum Schweigen zu bringen. Im Einklang mit Amnesty International fordert Makazaga eine Änderung der spanischen Anti-Terrorgesetzgebung, die durch eine fünfjährige Kontaktsperre die ungestrafte Anwendung der Folter begünstigt. In Spanien wurde das Buch sofort nach Erscheinen zum Gegenstand von Zensurmaßnahmen.

Assoziation A | 160 Seiten | 14,80 EUR

## Tante Käthe: Wanted – Dead or Alive

100.000 Euro Belohnung! In Wild West Manier jagen Polizei und Deutsche Bahn nach „Terroristen“. Nein, es geht hier leider nicht um die Nazis und ihre Helfer von der Reichsbahn, die Millionen Menschen ins Gas schickten und bei der Deutschen Bundesbahn nach 1945 weiter Karriere machen durften. Inzwischen sind die zum

Glück fast alle tot. Es geht auch nicht um diejenigen, die Panzer und anderes Kriegsmaterial herstellen und es mit Hilfe der Deutschen Bahn ins Ausland exportieren. Schließlich ist den Behörden „völlig unklar“ wie die Heckler und Koch Gewehre in Gaddafis Besitz gelangen konnten. Die „Terroristen“ sollen vielmehr ein paar Kabel in Brand gesetzt, Verzeihung, „in die Luft gesprengt“ haben. Infolge dessen kam es zu Zugverspätungen. Und weil der Deutsche nichts mehr hasst als Unpünktlichkeit, müssen die Täter nun unbedingt zur Strecke gebracht werden.



wird von „Explosionen“, „Bomben“ und „linkern Terror“ berichtet, obwohl es sich vermutlich nur um Grillanzünder und Spiritus handelte. Das Phantom der „neuen RAF“, das der Chef der Deutschen Polizeigewerkschaft schon im letzten Jahr ein halbes dutzend Mal beschworen hat, wird begierig aufgegriffen und reproduziert. Die selben Zeitungen, deren Feuilletons das Büchlein „Der kommende Aufstand“ etwa als „wichtigstes linkes Theoriebuch unserer Zeit“ abfeierten, bezeichnen das Bekennerschreiben der Brandstifter nun einstimmig als „wirt“. Obwohl sozusagen daraus abgeschrieben wurde! Zudem wird verbreitet, „die linke Szene“ spottete über die Anschläge. Schließlich finden sich bei „Indymedia“ ablehnende Kommentare unter dem Artikel mit dem Bekennerschreiben. Aber unter welchem Artikel finden sich dort eigentlich keine!? Oder sagen wir es so: Wer wäre in Zeiten von großem Lauschangriff und Bundestrojaner eigentlich so bescheuert im Internet seine Zustimmung zu Brandanschlägen zu geben!?

Spiegel online, Morgenpost, Bild, BZ und der Rest der bürgerlichen Presse feuern die Terroristenjäger ordentlich an: Einstimmig

Bevor wir einen Blick auf die sozialen Bewegungen im hier und jetzt werfen, sei uns ein kleiner Rückblick gestattet. Denn gewissermaßen war die sogenannte 68er Bewegung Bedingung und Voraussetzung für heutige soziale Bewegungen. Unsere Gesellschaft sähe sicher anders aus, wenn in den 60er Jahren nicht eine breite Bewegung für eine Liberalisierung der bundesdeutschen Nachkriegsgesellschaft gekämpft hätten. Einzelne Politikfelder, wie etwa die Energie-, Umwelt und Frauenpolitik wurde in erheblichem

mitbestimmen zu wollen was um sie herum passiert. Sei es Stuttgart 21 oder die Suche nach einem geeigneten Endlager für Atommüll. Gemeinsam haben diese Bewegungen, dass sie vor allem eine weite Entfernung der repräsentativen Politik von den Menschen beklagen und direkte Mitspracherechte einfordern. In vielen dieser Bewegungen geht es dabei gar nicht um eine Ablehnung des Staates oder der Staatsform. Es sind vielmehr regelrechte Demokratiebewegungen, die sich dort entwickeln. Am weitesten geht dabei die Be-

en des Staates, gegen alles, was sich jenseits traditioneller politischer Interessenvertretung formiert. Dieses Jahr wurden bei den Massenblockaden gegen den Naziaufmarsch in Dresden viereinhalb Stunden lang sämtliche Mobilfunkgespräche und SMS in der dresdner Südvorsstadt gespeichert. Natürlich inklusive des Aufenthaltsorts aller Anrufer\_in. So konnten anhand des Mobilfunknetzes Bewegungsprofile von schätzungsweise 12.000 Bewohner\_innen, 20.000 Gegendemonstrant\_innen und 3.000 Nationalist\_innen erstellt werden.

## Soziale Bewegungen – Integration und Repression

Die Wahrnehmung der sozialen Bewegungen in Deutschland hat sich verändert. Stuttgart 21, Castortransporte und Massenblockaden gegen Naziaufmärsche: Menschen, die sich engagieren sind in der medialen Berichterstattung wieder präsenter geworden. Und auch die medial transportierten Bilder der Menschen, die auf die Straße gehen, haben sich geändert. Wurde vor Jahren bei etlichen Demonstrationen noch von „Berufsdemonstranten“ gesprochen, etablierte sich im letzten Jahr der Begriff des „Wutbürgers“ so sehr, dass dieser zum Wort des Jahres 2010 gewählt wurde. Von staatlicher Seite aus, wird auf soziale Bewegungen schon lange mit einer doppelten Strategie reagiert: Integration und Repression.

Maße beeinflusst. Einerseits führte dies generell zu einem größeren Verständnis für Lebensentwürfe, die von der Norm abweichen. Gleichzeitig wurde aber ein großer Teil des revolutionären Potentials der 1968er von der Gesellschaft vereinnahmt und für den Kapitalismus nutzbar gemacht. Einzelne inhaltliche Aspekte fanden so den Weg in die Mitte der Gesellschaft und wurden sprichwörtlich weingespült. Der Kapitalismus hat schließlich alles im Griff und vereinnahmt selbst die revolutionärsten Ideen wie Freiheit und Gleichheit und unterwirft diese der Verwertung. Hierzu wird der kritische Ansatz negiert und übrig bleibt nur noch eine Version, die sich selbst einbettet in das bestehende Gesellschaftssystem. Ein Teil des Protest wird so gewissermaßen affirmativ und endet in dem sogenannten »Marsch durch die Institutionen«. Der nicht zu integrierende Teil hingegen, wurde und wird kriminalisiert und verfolgt.

Dies hatte auch eine Veränderung der sozialen Bewegungen zur Folge. Weg vom großen Ansatz, der alles in Frage stellt, sind diejenigen Initiativen momentan erfolgreich, die sich um eng umrissene Ideen drehen. Wer hätte vor einigen Jahren ernsthaft damit gerechnet, dass ein Bahnhofsumbau in Stuttgart über Monate die Medien beherrscht und Thema an etlichen Küchentischen sein wird? Doch diese Ein-Punkt-Bewegungen drücken wohl nur den Versuch der Menschen aus

wegung, die sich im Mai in Spanien gefunden hat und den Wunsch nach Demokratie schon im Namen trägt: »democracia real ya« (echte Demokratie jetzt). Dabei sind sie bewusst vielfältig und beschreiben ihre Bewegung in ihrem sogenannten Manifest als Sammelbecken von Menschen, die erst mal nur der diffuse Wunsch nach Veränderung eint. »*Einige von uns bezeichnen sich als aufklärerisch, andere als konservativ. Manche von uns sind gläubig, andere wiederum nicht. Einige von uns folgen klar definierten Ideologien, manche unter uns sind unpolitisch, aber wir sind alle besorgt und wütend angesichts der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Perspektive, die sich uns um uns herum präsentiert: die Korruption unter Politikern, Geschäftsleuten und Bankern macht uns hilflos, auch sprachlos.*« Auch in Deutschland und anderen europäischen Staaten formen sich ähnliche Bewegungen. Dies geschieht aber deutlich langsamer und zögerlicher als die Proteste, die in Spanien innerhalb kürzester Zeit enorm an Fahrt aufnahmen. Möglicherweise ändert sich dies durch die Ereignisse vom 15. Oktober 2011, als weltweit in über 900 Städten Menschen gegen den Umgang mit der Krise protestierten. Auch in Deutschland beteiligten sich mehrere zehntausend Menschen an Demonstrationen. Wie genau sich diese sogenannte „Occupy-Bewegung“ entwickeln wird, wird sich erst noch zeigen. Das Potential zumindest ist beträchtlich.

Doch trotz der im Grunde tief demokratischen Ansätze, herrscht ein tiefes Misstrau-

Dies entspricht mindestens einer Million Datensätze. Die 4.000 Polizist\_innen lassen wir hier mal mal außen vor. Es sind generell in Deutschland nur wenige Fälle öffentlich bekannt, bei denen zur Maßnahme der Funkzellenüberwachung gegriffen wurde. Und auch wenn es schon lange Vermutungen gab, dass diese Technik auch bei Demonstrationen angewandt werde, waren solche Praktiken bislang nur aus Staaten, wie Iran oder China bekannt. Auch Bilder wie aus Stuttgart, wo eine Demonstration von Schüler\_innen von der Polizei mit Wasserwerfern, Pfefferspray und Schlagstöcken angegriffen wurde, zeugen nicht unbedingt von rechtsstaatlichen Methoden. Durch einen gezielten Wasserwfereneinsatz verlor hierbei ein 66-jähriger Mann sein Augenlicht. Auch die Proteste gegen den letzten Castortransport wurden massiv überwacht. Mindestens vier mal wurde heimlich eine Polizeidrohne eingesetzt, die die Demonstrierenden gefilmt hat. Und das sind nur einige große Überwachungsaktionen des letzten Jahres, die öffentlich wurden. Solche Überwachungsaktionen gab es schon immer, der technische Fortschritt hat aber natürlich auch hier vieles vereinfacht. Auch die Gefahr der direkten Überwachung durch Spitzel ist in den sozialen Bewegungen allgegenwärtig. Anfang des Jahres wurden mal wieder zwei Fälle bekannt, die Aufsehen erregten. So hat der britische Undercoverpolizist Marc Kennedy in ganz Europa an Protestaktionen insbesondere von Umweltgruppen teilgenommen und soll



dabei als sogenannter »agent provocateur« auch Straftaten begangen haben. In Heidelberg flog ein Mann, der sich Simon Brenner nannte auf, nachdem er eine Bildungsinitiative der hiesigen Universität unterwanderte. Diese sollte wohl nur ein Zwischenschritt zu anderen Aktionsgruppen sein. Überwachung und Kontrolle sind allerdings mitnichten nur auf soziale Bewegungen beschränkt. Das prinzipiell jeder Mensch Ziel staatlicher Überwachung sein kann, davon zeugt der sogenannte »Bundestrojaner«. Mit dieser Software können und werden gezielt Computer von Privatpersonen, Firmen oder Organisationen ausspioniert. Nach dem Bekanntwerden von mehreren Fällen in Bayern und Bremen, bei denen der Bundestrojaner ein-

gesetzt wurde, wird nun selbst von der FDP bezweifelt, ob dies Verfassungsrechtlich zulässig sei. Auch der ehemalige Bundesverfassungsrichter Wolfgang Hoffmann-Riem äußerte sich diesbezüglich: *»Wenn der Staat eine Software einsetzt, die eine Ausspähung des Computers oder gar den Missbrauch durch Dritte ermöglicht, ist der Einsatz verfassungswidrig.«*

Wenn wir also den Erfolg einer Bewegung am Grad der Überwachung messen wollen, sind die sozialen Bewegungen ganz sicher wichtig. Zumindest werden sie von herrschender Seite ganz klar als etwas wahrgenommen, an dem sie nicht vorbeikommen. Etwas, das sie als Bedrohung wahrnehmen. Hoffentlich zu recht. Und die Ablehnung der bestehenden politischen Repräsentation setzt sich

fort, bis hin zu den Wahlentscheidungen die Menschen treffen. Bei der letzten Wahl zum Abgeordnetenhaus im September holte die Piratenpartei aus dem Stand 8,9 Prozent der Stimmen und zog damit erstmals in ein Landesparlament ein. Die Piraten locken mit Transparenz, Mitbestimmung und Mitspracherecht. Über die Partei hört man fast immer Attribute, wie jung, unverbraucht, kreativ, frisch. Jedoch taucht kaum eine ihrer Forderungen in der Berichterstattung über sie auf. Womit sie wohl am meisten Boden gutmachen konnten war die Aussicht alle Entscheidungen transparent zu treffen und eben keine Sitzungen hinter verschlossenen Türen zu halten und nur Ergebnisse in pressetauglicher Sprache zu präsentieren. Damit haben sie offensichtlich einen Nerv getroffen. ★



## Eingesperrt

Zwei Genoss\_innen nach 33 Jahren ausgeliefert: Sonja S. und Christian G. haben am 14. September 2011 zum ersten Mal seit Jahrzehnten deutschen Boden betreten – unfreiwillig, Frankreich lieferte sie aus. Die beiden wurden seit 1978 von den deutschen Strafverfolgungsbehörden wegen angeblicher Mitgliedschaft in den Revolutionären Zellen und der Beteiligung an mehreren Sprengstoffanschlägen gesucht. Seit 11 Jahren lebten sie ohne Papiere, aber geduldet in Paris. In Folge einer Notaufnahme in ein Krankenhaus waren Sonja und Christian kurzzeitig in Frankreich inhaftiert und wurden gegen Kautions wieder freigelassen. Ein in Deutschland gegen sie ausgestellter Haftbefehl überzeugte die französischen Behörden zunächst nicht. Die ihnen vorgeworfenen Straftaten liegen über 30 Jahre zurück. Die Aktionen richteten sich gegen die Atomindustrie und gegen die Unterstützung des damaligen Apartheid-Regimes in Südafrika durch deutsche Rüstungskonzerne. In Südafrika ist die Apartheid seit fast 20 Jahren Geschichte, Nelson Mandela wurde vom Terroristen zum Präsidenten, Deutschland plant den Atomausstieg, aber der Haftbefehl gegen die Apartheid- und Atomkraftgegner wird stur und gegen jede historische Veränderung aufrechterhalten. Die inzwischen 78-jährige Sonja sitzt im Knast Frankfurt Preungesheim, der haftunfähige 70-jährige Christian im Haftkrankenhaus Kassel. Am 5. Oktober wird eine Entscheidung über eine mögliche Haftverschonung erwartet ein Prozess steht in Aussicht. Freiheit und Glück für Sonja und Christian!

Infos: [www.verdammtlangquer.org](http://www.verdammtlangquer.org)

An **unzureichender Medienpräsenz** hat dieses schwache Ergebnis mit Sicherheit nicht gelegen. Die NPD setzte im Wahlkampf gezielt auf Provokation und machte keinen Hehl aus ihrer neonazistischen Gesinnung. Mit ihren rassistischen Plakaten und dem bewusst mehrdeutigen Wahlkampfmotto »Gas geben« versuchte sie sich ins Gespräch zu bringen. Die Presselandschaft reagierte erwartungsgemäss und berichtete regelmässig über die einkalkulierten Ausfälle der Neonazis. Als innerhalb weniger Tage mehrere NPD-Kandidaten für diese Hetze von Anti-

wie lange nicht nahmen sie im Wahlkampf fast täglich Menschen fest, die Plakate der Neonazis entfernten. Auch wenn diese Wahlkampfhilfe unter Umständen unfreiwillig war, ist es vor allem der flächendeckenden Polizeipräsenz zu verdanken, dass die NPD-Wahlwerbung in Berlin so präsent war wie selten zuvor. Dass die Berliner Polizei jedoch immer wieder Absprachen mit den Neonazis traf und die Öffentlichkeit nicht über bevorstehende Aufmärsche in Kenntnis setzte, oder sogar falsch informierte, muss als aktive Schützenhilfe gewertet werden.

## Mit Pfefferspray auf Stimmenfang

Bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus musste die NPD eine schwere Niederlage hinnehmen. Obwohl die Neonazi-Partei enorme Ressourcen in den Wahlkampf steckte, verlor sie im Vergleich zu den letzten Wahlen fast 4.000 Stimmen und sechs ihrer elf Sitze in den Bezirksverordnetenversammlungen.

faschist\_innen die Quittung kriegten und bei ihrem rassistischen Wahlkampf behindert wurden, räumten einige Journalist\_innen den vermeintlichen Opfern sogar O-Töne ein.

Mit ihren Aktionen wollte die NPD vor allen Dingen ausgemachten Neonazis gefallen. Zum Wahlkampfauftritt am 14. Mai 2011 versuchte die Partei mit ihren Anhänger\_innen durch Kreuzberg zu marschieren und jagte unter den Augen der Polizei Migrant\_innen durch den U-Bahnhof Mehringdamm. Diese Gewalt zog sich wie ein roter Faden durch den Wahlkampf der NPD. Mehrfach lauerten rechte Schläger couragierten Menschen auf, die rassistische Plakate entfernten. Anfang August wurden die NPD-Kandidaten Julian Beyer und Sebastian Thom festgenommen, wegen genau solch einer Attacke mit Messern und Pfefferspray. In der Nacht auf den 27. Juni 2011 verübten Neonazis sogar mehrere Brandanschläge auf linke Wohn- und Kulturprojekte. Obwohl in jener Nacht ein Anschlag auf den anderen folgte, misslang es der Polizei die Täter\_innen zu stoppen.

Da die Polizei mit ihren sogenannten Brandstreifen gerade soviel im Stadtgebiet unterwegs ist

Unmittelbar nach dem geheim gehaltenen Aufmarschversuch durch Kreuzberg versprach Innenminister Erhart Körting (SPD) die Eckdaten rechter Aufmärsche in Zukunft wenigstens einen Tag vorher bekannt zu geben. Doch keine vier Wochen später wurde abermals nicht über den Ort einer NPD-Kundgebung informiert, dabei sollte sie letztlich direkt vor der Bundeszentrale der Linkspartei stattfinden. Als die Polizei schliesslich am 11. September ohne Vorwarnung den Alexanderplatz abspernte, um kaum 120 Neonazis ein von der NPD angemeldetes Rechtsrock-Konzert zu ermöglichen, da wurde endgültig klar wie wenig Kontrolle der Innensenat über den Polizeiparapparat der Hauptstadt hat. Die NPD hat es in Berlin trotzdem »nur« auf 2,1 Prozent der Wählerstimmen gebracht. In Mecklenburg-Vorpommern hingegen kam die NPD auf knapp sechs Prozent der Zweitstimmen und zog erneut in den Schweriner Landtag ein. Besonders in der ländlichen Gegend ist die NPD stark verankert. So erreichte die NPD in Blesewitz und Postlow 28,9 Prozent aller Stimmen. In Koblenz waren es sogar erschreckende 33 Prozent. ★





## 20ELF von seiner schönsten Seite

Mit der Fußball-WM in diesem Sommer hat sich das Bild des Frauen-Fußball gewandelt. Alles wurde daran gesetzt vom Klischee der Mannsweiber wegzukommen und sich lieber als Barbiepuppen darzustellen. Gerade im Leistungssport wird viel dafür getan, dass die Sportlerinnen sich als weiblich und sexy verkaufen und damit zumindest äußerlich dem gängigen Rollenklischee entsprechen.

»20ELF von seiner schönsten Seite« lautete der Werbeslogan für die FIFA Frauen-WM in diesem Sommer. Entsprechend schön und sexy präsentierten sich die jungen Spielerinnen. Der Höhepunkt dieser Inszenierung war, als sich fünf der deutschen Nationalspielerinnen für den Playboy auszogen. Dieser »roll back« spiegelte sich in fast allen Medien wieder, die nicht müde wurden zu betonen wie sexy die neue Fußballerinnengeneration sei. Allgemein hat der deutsche Frauenfußball den Ruf tolerant zu sein, so gilt der Umgang mit Homosexualität hier als wesentlich entspannter. Dass Frauenfußball diesen Ruf hat, liegt vielleicht auch daran, dass Lesben im Sport wesentlich häufiger anzutreffen sind als in anderen Gesellschaftsbereichen. Studien gehen davon aus, dass 30 bis 40 Prozent der Frauen im Leistungssportbereich lesbisch sind – im Vergleich zu geschätzten fünf Prozent in der restlichen Bevölkerung.

Aber auch in dieser Hinsicht war die WM ein Rückschritt. In einem Interview sprach die nigerianische Nationaltrainerin Eucharia Uche offen aus, dass sie lesbische Spielerinnen aus ihrem WM-Team verbannt habe, weil es »moralisch sehr falsch« sei. Auf eine allgemeine Empörung reagierte die Fifa enttäuschend »Diskriminierung« werde abgelehnt, war das farblose Statement des weltgrößten Sportverbands, Homophobie wurde nicht explizit erwähnt.

Insbesondere dort, wo Männerdomänen im Sport in Frage gestellt werden, wird versucht, dass zumindest nach außen hin Geschlechterbilder erhalten bleiben. Es geht um das Festhalten an heteronormativen Vorstellungen: Frauen sollen dem klassischen Rollenbild entsprechen und bitte heterosexuell sein. Warum hier so interveniert wird, liegt daran, dass Sportlerinnen – insbesondere Leistungssportlerinnen – den gängigen Rollenklischees entgegenstehen. Neben den starken, durchtrainierten Körpern sind es bestimmte Verhaltensweisen,

die den bestehenden Rollenbildern widersprechen. »Du kannst keinen Sport machen, ohne aggressiv zu sein, ohne kampflustig zu sein, ohne richtigen Ehrgeiz. Deswegen fühlen sich viele, die keine Lust haben, dem weiblichen Klischee zu entsprechen, in der Sportwelt so wohl« erklärt die ehemalige Fußball-Bundesligaspielerin und Sportwissenschaftlerin Tanja Walther-Ahrens.

Es war ein langer Weg bis Frauen wieder das Runde ins Eckige schießen durften. Während des Nationalsozialismus wurde Frauen verboten Fußball zu spielen. Und erst in den 1950er Jahren bildeten sich erneut Frauentteams heraus. Allerdings beschloss der DFB 1955 das Fußballspielen für Frauen zu unterbinden. Er verbot den ihm angeschlossenen Vereinen, Frauenabteilungen zu gründen oder Sportstätten zur Verfügung zu stellen. Als Begründung für das Verbot hieß es in der Erklärung des DFB »Im Kampf um den Ball verschwindet die weibliche Anmut, Körper und Seele erleiden unweigerlich Schaden und das Zurschaustellen des Körpers verletzt Schicklichkeit und Anstand.«

Es dauerte bis zum 31. Oktober 1970 bis der DFB auf seinem Verbandstag das Frauenfußballverbot unter Auflagen wieder aufhob. Und so dürfen erst seit 1993 Frauen auch die volle Spielzeit von zweimal 45 Minuten spielen. Laut einer aktuellen DFB-Statistik spielen in Deutschland 1.058.990 Mädchen und Frauen Fußball im Verein, diese Entwicklung ist nicht mehr rückgängig zu machen. Damit die herrschende Geschlechterordnung jedoch nicht zu sehr verschoben wird, wird gegenwärtig darauf gesetzt die feminine Seite der Sportlerinnen zu betonen. In diesem Jahr verkörperte dieses wie keine andere Fatmire Bajramaj, die als Glamour-Girl nie ohne Lippenstift, Nagellack, Rouge und Kajal den grünen Rasen betrat und so die gängigen Geschlechterbilder reproduzierte. ★

## Boxen ist Männersport

Das von den Nazis eingeführte Verbot des Frauenboxens hielt sich noch länger als das Fussballverbot. Erst Ende 1994 fand anlässlich der 1. Hamburger Frauensporttage wieder ein öffentlicher Frauenboxkampf in Deutschland statt. Und dann endlich zwei Jahre später wurde das Amateurboxen für Frauen legalisiert. Allerdings meinte 2003 die erfolgreiche Boxerin Regina Halmich ihren Einstand im Playboy geben zu müssen. Und bis heute wettern Boxgrößen wie die Klitschko-Brüder gegen boxende Frauen und pochen darauf »Boxen ist Männersport«. Nächstes Jahr wird Frauenboxen zum ersten Mal olympisch, wir dürfen gespannt sein.

## 7 cm Höschenbreite

Nicht nur die Fußball-WM auch die anschließende Leichtathletik-WM in diesem Sommer setzte auf »sex sells«. Und in vielen Medien war zu lesen »So sexy ist die WM«. Bei der Eingabe dieses Satzes bei google werden über 2.710.000 Ergebnisse angezeigt. Kein Wunder, dass auch der Beachvolleyball seit Jahren schon versucht durch vorgeschriebene max. Höschenbreite von 7 cm bei den Frauen sein Image und die Einschaltquoten aufzubessern.



# »Austausch ist die Basis unseres sozialen Lebens«

Ende November steht der nächste Castor-Transport nach Gorleben an. Voraussichtlich am 24.11. wird der Zug in Frankreich starten und einige Tage später im Wendland eintreffen. Der Ausstieg aus der Laufzeitverlängerung hat keine Neuausrichtung der Energiepolitik gebracht: „Moderne“ Atommeiler sollen noch elf weitere Jahre am Netz bleiben, jährlich hunderte Tonnen hochgiftigen Atommüll produzieren und das Risiko eines GAUs der Atomanlagen täglich reproduzieren. Und obwohl bald „ergebnisoffen“ nach einem Standort für ein atomares „Endlager“ gesucht werden soll, ist klar: Es kann kein sicheres „Endlager“ oder „Zwischenlager“ geben!

Deshalb ruft die Kampagne Castor? Schottern! auch 2011 wieder dazu auf, die Schienen für den Castor-Transport unbefahrbar zu machen.



In ihrem Buch „**So siehst du gar nicht aus. Eine autobiographische Erzählung über Exil in Kuba und Uruguay**“ berichtet **Margrit Schiller**

über die Schwierigkeiten als ehemalige RAFlerin sich im Exil ein neues Leben aufzubauen. Ausgang ist das Jahr 1985 als sie, aufgrund einer anstehenden erneuten Verhaftung, überstürzt ohne nennenswerte Spanischkenntnisse und ohne eine Anlaufstation nach Kuba flieht. 1993 emigriert sie dann nach Uruguay.

**Antiberliner: John Holloway nennt die Ehrlichkeit in deiner Exilbiographie als beeindruckendes Wesensmerkmal des Buches. Ist es Dir schwer gefallen so offen (auch über deine eigenen Schwächen) zu schreiben?**

**Margrit Schiller:** Ich habe geschrieben, um die Last des exils loszuwerden, die mich zu ersticken drohte. Beim schreiben, das für mich ein dialog war – einen anderen habe ich nicht gefunden –, wurde die erfahrung, dabei etwas über mich und gleichzeitig allgemein gültiges über exil rauszufinden das entscheidende. In jeder neuen etappe des schreibens war ich erstaunt darüber, auf welche nicht gewusste zusammenhänge ich stieß – der weg dahin hat oft weh getan, aber das rausfinden empfand ich als glück, so wie es immer ist, wenn man plötzlich etwas versteht. Ehrlich sein ist für diesen weg eine voraussetzung, denke ich.

**Deine erste Exilstation war Kuba. Du beschreibst das Leben dort im Realsozialismus als ein Leben mit Widersprüchen, was hat dich am meisten gestört? Und was vermisst du am meisten, wenn du an Kuba denkst?**

Mir fehlt hier die musik im leben der menschen. Damit meine ich nicht einfach musik-hören, jeder für sich allein mit kopfhörer auf den ohren, sondern die fröhliche farbige kommunikation der kubaner, musik gemeinsam leben, das heute wichtig nehmen und nicht nur für das morgen leben. Und ich habe große achtung vor diesem schon jahrzehnte dauernden kubanischen versuch probleme gemeinsam zu lösen und nicht nach der devise zu leben: rette sich wer kann. Davon finde ich in deutschland kaum eine vorstellung. Schwierig war für mich das inselbewußtsein dort, das ich erst später gelernt habe, so zu benennen: alles kreist um die insel, es gibt ein außen

und ein innen, vergleiche sind darin nicht vorgesehen. Und schwierig war für mich die hierarchische struktur, in der eigeninitiative kaum existierte - nicht in der vorstellung und nicht in der realität.

**Der Austausch mit Aktivistinnen in Uruguay über politischen Kampf und Exil beschreibst du als für dich befreiend. Warum ist es deiner Meinung nach wichtig, dass Aktivistinnen sich Räume nehmen, um sich auszutauschen?**

Ich denke für aktivistinnen gilt dasselbe wie für jeden menschen: austausch ist die basis unseres sozialen lebens. Nur schneiden sich das aktivistinnen oft ab. Manchmal geht es nicht anders und wenn du politische ziele hast, mußt du vielleicht da durch: gefängnis, illegalität. Aber die fähigkeit für extrem-situationen zu erwerben finde ich für das übrige leben keine zielvorstellung. Ich halte es für männlich bestimmt und falsch, nicht über erfahrungen und gefühle zu sprechen.

Als ich in montevideo in meinen gesprächen mit uruguayischen ex-gefangenen frauen entdeckte, dass sie die gleichen beschränkungen, fehler, unzulänglichkeiten erlebt hatten wie ich, befreite mich das von einem großen gewicht. Ich habe z.B. jahrelang an meinem ersten buch geschrieben, ohne es als buch zu denken, denn meine geschichte steckt auch voller fehler und abstürzen, nicht „heldenhaf“, und das hielt ich für mein persönliches problem. Erst in uruguay sah ich, dass die große mehrheit derjenigen, die in den 60ern und 70ern versuchten aufzustehen und zu kämpfen, voller geschichten wie meiner ist. Und dass es allen gut tut das auszusprechen. Die guten erfahrungen und die schlechten. ★



Infos unter:  
[www.castor-schottern.net](http://www.castor-schottern.net)

24.-28.11.:  
Anti-Castor Streckenaktionen

26.11.:  
Anti-Castor Großdemonstration  
in Dannenberg

## COMIC



Endlich! An Bord des UN Luxusliners „My Fair Lady“ einigen sich die Staatsoberhäupter aller Länder auf ein endgültiges, globales Ende aller kriegerischen Handlungen. Vernichtung der Waffenarsenale, Abschaffung der Militärapparate und Verwendung der freiwerdenden Mittel für ein prosperierendes Miteinander. Es gibt Champagner, Strippteasetänzer treten auf. Millarden weinen an den Bildschirmen, wildfremde Menschen fallen sich vor lauter Ruhmung in die Arme. Für manchen allerdings, ist es schmerzhaft mitanzusehen, wie das kämpferische Profil unserer Spezies darunter leidet.